

Nationalfondsprojekt Schweiz-Südafrika: "Hamlet ohne den Prinzen"

Zwischenbilanz beim Nationalfonds-Programm, das die Beziehungen Schweiz-Apartheid untersucht: Die Privatwirtschaft verweigert die Akteneinsicht.

Martina Egli

Für einen internationalen Beirat reichte das magere Budget des Nationalen Forschungsprogramms Schweiz-Südafrika (NFP42+) von zwei Millionen Franken nicht aus. Doch die zehn Projekte sind jetzt zur Halbzeit von vier südafrikanischen Experten begutachtet worden. Ihr Urteil ist ziemlich vernichtend. Kritisiert wird insbesondere, dass das Programm sogenannten "wissenschaftlich" daherkomme und die öffentliche Debatte über das Thema, den politischen Kontext, in dem es ja entstanden ist, völlig ausblende. Den Südafrikanern fehlt zudem die Kohärenz. Sie fragen sich, wie die zehn Einzelprojekte mit völlig unterschiedlichen Methoden und Ansätzen je zu einem Ganzen zusammengefügt werden könnten. Und natürlich stellen auch sie fest - und darin sind sie mit Georg Kreis, dem Präsidenten der Leitungsgruppe des NFP 42+, einig: Ohne den Zugang zu den Archiven der Privatwirtschaft, insbesondere der Banken, können die Schweizer Beziehungen zum Apartheidregime nicht auch nur annähernd vollständig untersucht werden. Für den südafrikanischen Historiker Martin Legassick droht das Projekt zum "Hamlet-Drama ohne Prinz" zu werden - die Hauptdarsteller fehlen.

Verweigerung und Drohgebärden

Dass das so bleiben wird, ist nach einem Jahr Arbeit zur Gewissheit geworden. Der Lausanner Historiker Sébastien Guex, der die Rolle der Schweizer Wirtschaft untersuchen möchte, hat von acht der 20 angeschriebenen Unternehmen eine Absage erhalten. Zehn, darunter UBS und Credit Suisse, haben auch nach sechs Monaten noch nicht geantwortet. Gemauert wird, so der Berner Historiker Peter Hug, auch bei der Bankiervereinigung (das Dossier sei "politisch noch offen") und weitgehend auch beim Dachverband der Wirtschaft, *economiesuisse*. Gegenüber *swissinfo* (Schweizer Radio International) drohte *economiesuisse*-Vertreter Thomas Pletscher gar mit einem Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz: "Wenn die Privatwirtschaft ihre Archive immer mehr öffnen muss, werden sich transnational operierende Konzerne, ob schweizerische oder ausländische, gut überlegen, ob sie ihren Standort in der Schweiz haben sollen."

Neun der zehn Nationalfonds-Projekte, die sich hauptsächlich mit der Aussenpolitik befassen, sollen in einem Jahr abgeschlossen sein; der Schlussbericht ist auf 2004 angekündigt. Beinahe fertig ist das Projekt des Zürcher Soziologen Kurt Imhof, das die öffentliche politische Kommunikation in Medien und Politik untersuchte. Es kommt zum voraussehbaren Schluss, dass die Positionen zur Südafrikapolitik seit den sechziger Jahren durch eine "ausgeprägte Links-Rechts-Polarität" gekennzeichnet waren. Trotz Veränderungen in Südafrika und der internationalen Weltlage hätten sie sich kaum weiter entwickelt, das Parlament habe sich dadurch selbst blockiert. Imhof erklärt dies mit der Schweizer Konkordanzdemokratie: Die aussenpolitische Polarisierung sei die "Kehrseite der innenpolitischen Kompromissfähigkeit".

Untersuchung der militärischen Beziehungen

Das durch einen solchen Kompromiss entstandene NFP42+ könnte jetzt aber doch noch eine gewisse Brisanz erhalten: Der Berner Historiker Peter Hug hat sein Projekt modifiziert und wird jetzt auch noch die Rüstungs- und militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat untersuchen. Insbesondere will er abklären, ob diese rein geschäftlich oder eher politisch motiviert war: "Schaute die Politik einfach weg? Oder lag der rüstungstechnischen und militärischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika nicht vielmehr die politische Absicht zugrunde, die auch verbal abgelehnte Uno-Embargo-Politik zugunsten eines antikommunistischen Frontstaates zu unterlaufen?"